



## Das digitale Gedächtnis der antifaschistischen Bewegung

Im Rahmen des bundesweiten Programms »WissensWandel« des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv) erhielt das apabiz eine Förderung für die Digitalisierung von Material aus der Sammlung »Antifaschistische Bewegung nach 1945«. Diese erstmalige Möglichkeit der finanzierten Digitalisierung nutzten wir auch dafür, unsere technische Infrastruktur für weitere Projekte auszubauen.

Von Patrick Schwarz

Die Corona-Pandemie und die damit verbundene vorübergehende Schließung der Bibliotheken und Archive verstärkte das Interesse vieler Nutzer\*innen aus dem In- und Ausland, unsere Archivalien digital einzusehen. Nicht selten gab es dabei die Vorstellung, dass unserer gesamtes Archiv oder zumindest größere Bestände digitalisiert sind und problemlos an die Nutzer\*innen weitergereicht werden könnten. Leider konnten wir solchen Anfragen aus unterschiedlichsten Gründen oft nicht nachkommen, sondern mussten auf die Nutzung vor Ort verweisen. Die Lücke an digitalisiertem Quellenmaterial wurde nicht nur bei uns deutlich, sondern betrifft auch viele andere kleine Archive. Mit der Bereitstellung von Digitalisaten für die Nutzer\*innen sind einige Vorteile verbunden. Das Material wird geschont, was zum langfristigen Erhalt beiträgt. Insbesondere mehrere Jahrzehnte alte Schriftstücke auf brüchigem Papier werden von der Nutzung stark in Anspruch genommen. Auch viele jüngere Quellen, die sehr häufig nachgefragt werden, zeigen deutliche Spu-

ren der Benutzung. Aufgrund des finanziellen und organisatorischen Mehraufwandes ist es uns nicht möglich, jeweils ein Exemplar für die Benutzung sowie ein weiteres zur Archivierung bereit zu stellen. Vor dem Hintergrund der Langzeitarchivierung ist es unser Ziel, Archivalien wie Flugblätter, Schreiben aber auch Zeitschriften im bestmöglichen Zustand zu archivieren. Neben diesem wichtigen Aspekt des Materialschutzes bietet die Digitalisierung von Quellen eine Reihe weiterer Möglichkeiten. So können mittels entsprechender Verfahren die digitalisierten Bestände mit einer Volltextsuche analysiert werden.

Bisher ist es dem apabiz kaum möglich, im laufenden Betrieb Bestände des Archivs mit den unterschiedlichsten Quellenarten aus den letzten 80 Jahren zu digitalisieren. Neben den mangelnden zeitlichen, finanziellen und technischen Ressourcen gibt es auch auf rechtlicher Ebene Hürden. So erlaubt das Urheberrecht zwar die Herstellung einer Archivkopie, die mittlerweile auch von Nutzer\*innen an Terminals im

Lesesaal eingesehen werden darf. Eine Weitergabe von digitalisiertem Material an Nutzer\*innen ist hingegen nicht so einfach möglich. Nicht zuletzt stellen Förderprogramme vielfach die Bedingung, dass erstellte Digitalisate auch im Internet, etwa auf Archivportalen wie der Deutschen Digitalen Bibliothek (ddb), zugänglich gemacht werden. Dies setzt voraus, dass die Nutzungsrechte von den Rechteinhaber\*innen eingeholt worden sind – ein Umstand, der auf das Gros unseres Materials

regierung für Kultur und Medien. Ziele der millionenstarken Förderung waren u.a. die »Vermittlungsangebote von digitaler Bildung, Kompetenz und Kultur (Digitale Transformation)« und die »Digitalisierung und Aufbereitung von Beständen als Grundlage für deren digitale Verarbeitung, Zugänglichmachung und Vermittlung«. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur sowie von Leistungsangeboten im Bereich der Digitalisierung waren Ziele von »WissensWandel«. Für uns bot das Förder-

chende Bestände zu digitalisieren. Vielmehr wollten wir zunächst Erfahrungen sammeln und langfristig eine Grundlage für zukünftige Digitalisierungsvorhaben sowohl auf technischer, als auch auf personeller Ebene schaffen. Im April 2021 erreichte uns die erfreuliche Nachricht, dass unser Antrag angenommen wurde, so dass wir mit unserer Arbeit beginnen konnten.

## Ein Gedächtnis der antifaschistischen Bewegung

Die Sammlung »Antifaschistische Bewegung nach 1945« beinhaltet zahlreiche Zeitschriften, Flugblätter, Plakate und Aufkleber verschiedenster antifaschistischer Gruppen, Vereine oder Parteistrukturen. Seit der Gründung des apabiz gehört die antifaschistische Graue Literatur, neben den Veröffentlichungen rechter Organisationen, Gruppen und Parteien, zu unserem zentralen Sammlungsprofil. Damit verbunden ist das Ziel, die Überlieferung der vielseitigen antifaschistischen Bewegung, der sich das apabiz auch aufgrund seiner Gründungsgeschichte zugehörig fühlt, zu bewahren. Dabei wird der Begriff »Antifaschistische Bewegung« sehr breit verstanden. Uns interessieren Autonome Antifa-Gruppen und die VVN/BdA ebenso wie eher bürgerliche Bündnisse gegen rechts oder der regionale Verband der Jusos mit seinen Veröffentlichungen zum Thema. Auch wenn unsere Sammlungstätigkeit sehr lange auf die 1990er und 2000er Jahre fokussiert war, konnten wir punktuell auch Material aus anderen Jahrzehnten in unser Archiv aufnehmen und damit den Bestand sinnvoll ergänzen. Der geographische Schwerpunkt liegt auf Veröffentlichungen aus Deutschland, allerdings sind auch Zeitschriften und Flugblätter aus dem Ausland in der Sammlung zu finden. Diese ist geographisch aufgebaut – abgesehen von Zeitschriften und Plakaten werden die einzelnen Quellen nach Regionen, Bundesländern und Ländern sortiert. Bestenfalls gibt es aus jeder deutschen Stadt wenigstens einige Flugblätter oder Aufkleber, die sich mit dem Thema beschäftigen und die von der regionalen Geschichte antifaschistischer Aktivitäten berichten. Die Plakat-



Plakate aus der Sammlung »Antifaschistische Bewegung nach 1945«

nicht zutrifft. Dass es sich bei unserem Bestand mehrheitlich um politische Propaganda mit zum Teil strafrechtlich relevanten Inhalten handelt ist ein weiteres Problem, das die Akquise von Drittmitteln für die Digitalisierung in der Vergangenheit erschwert hat.

## Einmalige Chance

Der Deutsche Bibliotheksverband initiierte vor dem Hintergrund der Pandemie das Förderprogramm »WissensWandel-Digitalprogramm für Bibliotheken und Archive innerhalb von Neustart Kultur« als Teil des Rettungs- und Zukunftsprogramms Neustart Kultur der Beauftragten der Bundes-

programm die Möglichkeit, ein überschaubares Digitalisierungsprojekt mit vergleichsweise wenig Aufwand umzusetzen. Zwar gibt es auch jenseits der Pandemie zahlreiche Programme zur Digitalisierung von Materialien von Kultureinrichtungen, diese richten sich jedoch oft an größere Institutionen mit einer festen Verankerung im Wissenschaftsbereich. Für kleinere Archive mit besonderen Beständen, die noch dazu ihre spezifischen Problemlagen, etwa mit Blick auf das Urheberrecht oder die kaum standardisierten Übernahmeverfahren des Materials, mit sich bringen, sind die etablierten Fördermöglichkeiten vielfach nicht passend. Mit dem Projekt verbanden wir weniger das Ziel, weitrei-

sammlung mit mehreren hundert Plakaten ist hingegen chronologisch geordnet und materialschonend archiviert. Neben bundesweiten Antifa-Zeitschriften oder Zeitschriften aus dem Kontext der NS-Erinnerungskultur wie etwa von NS-Gedenkstätten gibt es eine Reihe regionaler Veröffentlichungen, die sich mal dezidiert, mal gelegentlichsbezogen mit der extremen Rechten beschäftigen. Das kann ein Rundbrief einer regionalen Antifa-Gruppe sein, der nur ein oder zweimal erschienen ist, oder eine Schüler\*innen-Zeitung, die sich intensiv mit den örtlichen Neonazi-Strukturen auseinandergesetzt hat. Die Gesamtzahl dieser Zeitschriften ist inzwischen auf über 1.000 Titel angewachsen und macht damit etwa ein Drittel aller Periodika im apabiz aus. Einen Teil der nicht-rechten Zeitschriften konnten wir bereits an die Zeitschriftendatenbank (ZDB) melden. Dort sind alle Zeitschriftenbestände deutschsprachiger Archive und Bibliotheken zu finden.

Auch wenn sich das Interesse der meisten Nutzer\*innen unseres Archivs auf die extreme Rechte richtet, erreichen uns zunehmend Anfragen, die sich um das Thema Gegenstrategien und Gegenbewegung drehen. In den letzten Jahren entstanden erfreulicherweise eine Reihe von Veröffentlichungen, die sich mit der Geschichte der (autonomen) Antifa nach 1945 beschäftigen.

## Unser Projekt

Mit der Förderung von »WissensWandel« konnten wir uns ein Jahr lang intensiv mit der Digitalisierung der ausgewählten Sammlung beschäftigen. Aufgrund des großen Umfangs der Sammlung »Antifaschistische Bewegung nach 1945« mussten wir für die Digitalisierung eine Auswahl an Objekten und Formaten treffen. Kriterien waren etwa das Forschungsinteresse unserer Nutzer\*innen, das Alter bzw. der Materialzustand sowie die Einzigartigkeit des Materials und ob dieses vollständig vorliegt. Die Plakate hatten zunächst die höchste Priorität. Der teilweise schlechte Materialzustand, aber auch die Verbesserung der Lagerung und Nutzbarkeit des großformatigen Materials waren für uns

entscheidend, die Plakatsammlung zu priorisieren. Für die Digitalisierung haben wir auf die Erfahrungen eines externen Anbieters zurückgegriffen, insbesondere weil uns in der Anfangsphase das technische und praktische Wissen fehlte, um professionelle Digitalisate nach den heute üblichen Standards der Langzeitarchivierung anzufertigen. Mit der bibliocopy GmbH hatten wir ein Kollektiv mit jahrelanger Erfahrung in der Digitalisierung, u.a. in der Staatsbibliothek zu Berlin, an unserer Seite.

Neben den Plakaten konnten einige bundesweite und regionale Zeitschriften vollständig gescannt werden, die nun als wichtige Recherchequelle für Regionen oder Zeitphasen besser zugänglich sind. Dazu gehören etwa die »Enough is enough: Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Hamburg« mit ihren Vorgängerprojekten oder die Veröffentlichungen der Antifa Jugendfront (AJF) als eine maßgebliche bundesweite Antifa-Struktur der 1990er Jahre. Der Schwerpunkt der Digitalisierung lag jedoch auf den Flugblättern und Aufklebern. In einem ersten Schritt wurde zunächst das Material digitalisiert, welches bundesweite Relevanz hat, wie etwa überregionale Mobilisierungen zu Neonazi-Aufmärschen. Im zweiten Schritt wurden regionale Schwerpunkte gesetzt, darunter Berlin und Brandenburg. Zunächst musste das Material zeitintensiv für die Digitalisierung vorbereitet werden. Dazu gehörte neben der Trennung von Dubletten auch die Entfernung von Klammern (Entmetallisierung), die teilweise deutliche Spuren auf dem Material hinterlassen haben. Im Anschluss an die Digitalisierung wurden die Quellen in der Archivdatenbank verzeichnet. Eine Auswahl der Digitalisate wird zukünftig in der Deutschen Digitalen Bibliothek zu finden sein. Schließlich

ermöglichte uns die Förderung, einen professionellen Buchscanner zu erwerben, mit dessen Unterstützung zukünftig die Digitalisierung im Archiv bewerkstelligt werden kann. Zudem konnten wir technische Infrastrukturen wie Datenserver schaffen, die nicht nur für die Verwaltung der Digitalisate nützlich sind, sondern auch deren längerfristige Archivierung absichern.

## Blick in die Zukunft

Durch dieses erste Digitalisierungsprojekt liegt unseren Nutzer\*innen eine Reihe neuer Digitalisate zur Geschichte der antifaschistischen Bewegung vor. Darüber hinaus konnten wir Erfahrungen sammeln, die wir bereits mit anderen Archiven und Dokumentationsprojekten geteilt haben. Auch wenn es in Zukunft womöglich wieder schwieriger wird, Drittmittel für Digitalisierungsprojekte einzuwerben, bleibt das Thema weiterhin auf unserer Agenda. Neben den Nutzungsinteressen und der Bestandserhaltung gibt es den dringenden Bedarf, einzelne Formate zeitnah technisch aufzubereiten, damit die darin enthaltenen Informationen auch zukünftig verfügbar bleiben. Dazu gehören etwa die zahlreichen Videokassetten und Tonbänder, die bereits deutlich vom Alter gezeichnet sind und deren Inhalte für die Langzeitarchivierung in neue digitale Formate überführt werden müssen. •

Wir bedanken uns für die Förderung bei:



## Die Lücke schließen

Wir freuen uns immer über Material für unser Archiv. Sollten Ihr antifaschistische Broschüren vorliegen oder extrem rechte Flugblätter gesammelt haben, schreibt uns gerne an. Wir haben noch einige Lücken in unserem Bestand. Interesse haben wir auch an Leihgaben von AV-Medien zur Digitalisierung.





Proteste gegen den sogenannten Marsch für das Leben im September 2020 in Berlin. Foto: christian-ditsch.de

## 22 + 2 Jahre feministische Intervention

Im Jahr 2000 wurde am Rande einer Fachtagung in Rostock das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (FFR) gegründet. Dieses setzt sich aus Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen, Bildungsarbeiterinnen und Aktivistinnen zusammen. Im September feiert das Netzwerk, mit zweijähriger Corona-Verspätung, sein 20-jähriges Bestehen. Ebenfalls gefeiert wird das zweijährige Jubiläum der Gründung des Netzwerks feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte (femPI). Aus diesem Anlass sprachen wir mit Vertreter\*innen beider Netzwerke über ihre Arbeit.

**Mit Euren Analysen mischt Ihr Euch regelmäßig in gesellschaftliche Debatten ein. Wie können Wissenschaft und Aktivismus miteinander verbunden werden?**

**Toni (femPI):** In den Personen selbst verbindet sich Wissenschaft und Aktivismus, oft sind diese dann im Bereich der politischen Bildung zu finden. Im wissenschaftlichen Bereich werden beispielsweise Aktivist\*innen interviewt oder zitiert, die Spielregeln unterscheiden sich jedoch. In der Wissenschaft werden diese Bereiche durch Einzelpersonen miteinander verbunden, aber kollektives Arbeiten ist selten. Im Aktivismus ist kollektives Arbeiten hingegen Standard. Der Anspruch, dieser wissenschaftlichen Logik von Einzelkämpfer\*innen ein Netzwerk entgegenzusetzen, macht unsere Arbeit aus. Ein »klassischer« Fall, bei dem Aktivismus und Wissenschaft zusammenkommen, ist die Recherchearbeit. Generell finde ich die Übertragung wissenschaftlicher Erkennt-

nisse in die Praxis und andersrum wichtig, gerade bei Themen, die tendenziell zu wenig beleuchtet werden wie Frauen in der extremen Rechten oder Antifeminismus.

**Kai (FFR):** Aus Sicht der Wissenschaft sind das ja keine Gegensätze, es wird nicht gegeneinander gearbeitet, sondern die Wissenschaft lernt viel vom Aktivismus, die kollektiven Arbeitsweisen und das Arbeiten auf Augenhöhe. Was wir im Themenfeld Gender und extreme Rechte tun ist uns austauschen, mit aktivistischem Nutzen unserer wissenschaftlichen Analysen und anders herum, auch aus pädagogischen und journalistischen und wissenschaftlichen Feldern kommen wir zusammen.

**Eine geschlechterreflektierte Forschung zur extremen Rechten schärfen – das waren Forderungen von Euch zur Zeit der Gründung. Wo besteht aktuell am meisten Handlungsbedarf?**

**Rike (FFR):** Über die Zeit kann man gut erkennen, wo unsere Forderungen umgesetzt wurden. Sowohl in Medienbeiträgen als auch in wissenschaftlichen Beiträgen ist der Einbezug von Genderaspekten nicht mehr die Ausnahme.

**Toni (femPI):** Als ich 2012 anfang, mich mit Frauen in der extremen Rechten zu beschäftigen, da konnte ich bereits auf Literatur, Analysen und Forschungsarbeiten zurückgreifen. Es gab da schon richtig viel.

**Kai (FFR):** Das geht aber gar nicht nur auf uns zurück, sondern beispielsweise auch auf Fantifa-Zusammenhänge. Diese wurden wieder aktiver in den letzten zehn Jahren, etwa in Folge der Veröffentlichung des F\*antifa-Buches (2013)<sup>1</sup> und sie beziehen heute stärker als zuvor queere Perspektiven mit ein.

**Rike (FFR):** In Bezug auf Handlungsbedarfe lässt sich nach wie vor die Strafverfolgung nennen. Eine Medienanalyse von 2003 zeigte bereits, dass Frauen als

Täterinnen nicht ernst genommen werden. Die Annahme, sie seien irgendwie privat, abhängig oder anders involviert, hält sich weiterhin bei der Wahrnehmung von Täterinnen, wie eine aktuelle Analyse von Ermittlungs- und Justizakten zeigt. Lediglich Beate Zschäpe wird anders wahrgenommen, aber das ist ein eigenes Kapitel. Auf der Theorieebene ist außerdem ungeklärt, welche Rolle Antifeminismus und Sexismus bei der Definition von Rechtsextremismus spielen. Da gibt es sehr unterschiedliche Positionen. Teils wird Antifeminismus als ideologisches Kernelement gefasst, andere erwähnen es gar nicht.

**Kai (FFR):** In der Geschlechterforschung, aber auch in der Mediendebatte wird Antifeminismus öfter benannt, aber teilweise wird er zum beliebigen Sammelbegriff. Ein anderer Aspekt: Wir haben uns als explizit feministisches Frauenforschungsnetzwerk gegründet. Das würden wir heute eventuell anders formulieren. Es ging uns darum, uns als Frauen gegenseitig zu unterstützen und uns in solidarischen Zusammenhängen zu bewegen. Nach wie vor ist die Forschung sehr männerdominiert. Dieser Herausforderung muss sich die geschlechterreflektierende Forschung im Bereich Rechtsextremismus weiterhin stellen.

**Was hat sich mit Blick auf das Thema Frauen in der extremen Rechten seit Eurer Gründung geändert?**

**Rike (FFR):** Dass es als Nischenthema behandelt wird, das gibt es nach wie vor. Man muss diese Sensibilität mitbringen, um auch zu sehen, was Frauen in der rechten Szene machen. Die Frauen treten auch manchmal anders auf, nicht so martialisch. Doch sie haben wichtige Positionen und übernehmen eigene Aufgaben. Es gibt trotzdem noch viele Leute, die Frauen selbst dann übersehen, wenn sie das Fronttranspi tragen.

**Kai (FFR):** Das könnt ihr ja wahrscheinlich auch aus der Arbeit im Archiv sagen. Frauen sind sichtbarer in der extremen Rechten, als Teil der Bewegung und daher werden sie stellenweise dann auch aktiv wahrgenommen. Mit Zschäpe, den Reaktionen auf sie und unserer öffentlichen Intervention als Netzwerk<sup>2</sup>, gab es dann

auch Debatten über die Sichtbarkeit und Wahrnehmung von Täterinnen. Viele Medien, einige natürlich nicht, sind auf unsere Intervention eingegangen.

**Rike (FFR):** Ein großer Unterschied zu unserer Gründungszeit ist die Verbreitung von Social Media. Das ist eine Arena, in der Frauen sichtbar sind und sich selbst auch sichtbar machen. Früher gab es auch die Incelbewegung noch nicht so, wie wir sie heute sehen. In den letzten Jahren gab es zunehmend Attentäter aus diesem Bereich. Dass diese sowohl rassistisch und antisemitisch als auch antifeministisch motiviert sind, finde ich eine neuere Erscheinung.

**Zuletzt hat das Thema Antifeminismus verstärkte Aufmerksamkeit im öffentlichen Diskurs bekommen. Wie bewertet Ihr diese Entwicklung?**

**Rike (FFR):** Es ist wichtig, das ernst zu nehmen. Sonst können Errungenschaften, die wir inzwischen für selbstverständlich hielten, infrage gestellt oder sogar abgeschafft werden. Ich denke da z.B. an die aktuelle Debatte um das Abtreibungsrecht in den USA. Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass die in Teilen der Gesellschaft gestiegene Akzeptanz queerer Forderungen weiter in die Kritik gerät und von Akteur\*innen der Gleichstellungsarbeit und Gender Studies immer wieder infrage gestellt wird. Teils werden Forscher\*innen eingeschüchtert und bedroht. Mit Blick auf rechte Anschläge lässt sich erkennen, dass diese oft auch antifeministisch motiviert sind.

**Toni (femPI):** Es ist unser Anliegen, die Gefahren von Antifeminismus sichtbar zu machen. Der Begriff ist für uns einerseits wissenschaftlich relevant, andererseits aber auch für die Beratungspraxis und den Aktivismus von Bedeutung. Dabei geht es bei Antifeminismus ja nicht immer nur um die extreme Rechte. Es braucht da ein genaueres Verständnis<sup>3</sup>. Sonst besteht die Gefahr, dass Antifeminismus zum Sammelbegriff wird und dann seine Schärfe verliert.

**2020 gründete sich das Netzwerk feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte (femPI): Warum ein zweites Netzwerk?**

**Toni (femPI):** Das FFR hat uns zusammengebracht. Ich erlebe es als Nachwuchsförderung. Ab einer gewissen Größe ist es schwer, in einem Netzwerk zu arbeiten. Irgendwann ist da ein gutes Arbeiten nicht mehr möglich.

**Rike (FFR):** Wir haben irgendwann gemerkt, dass wir zunehmend Schwierigkeiten hatten, alle Anfragen für Vorträge und Publikationen zu bedienen. Zugleich wussten wir, dass etliche Jüngere am Thema dran sind, diese bis dahin aber meist vereinzelt auftraten. Alle in unser altes über Zeit gewachsenes Netzwerk aufzunehmen schien uns nicht sinnvoll, dann hätten wir den persönlichen Charakter nicht aufrecht erhalten können. Darum haben wir 2019 einen Nachwuchswerkshop organisiert, ohne zu wissen, was die Eingeladenen daraus machen. Wir waren also gewissermaßen ein bisschen ›Geburtsshelferinnen‹.

**Wie findet Ihr zusammen? Was unterscheidet Euch, habt Ihr auch verschiedene Ziele?**

**Toni (femPI):** Es gibt immer wieder punktuelle Zusammenarbeit und thematisch übergreifende Treffen.

**Rike (FFR):** Zunächst lässt sich sagen, dass die beiden Netzwerke ein wertschätzender und solidarischer Umgang miteinander auszeichnet. Wir tauschen uns immer wieder bei Anfragen zu Publikationen und Vorträgen aus. Außerdem gibt es gemeinsame Onlinediskussionen zu inhaltlichen Fragen. Wenn es klappt, arbeiten wir auch gemeinsam an Papieren. Das geschieht nicht ständig mit allen aus beiden Netzwerken, sondern mit denen, die gerade Lust und Zeit haben.

**Vielen Dank für das Interview! •**

*Das apabiz wünscht den beiden Netzwerken zum Jubiläum alles Gute. Das Interview führten Mika Pérez Duarte und Kilian Behrens.*

<sup>1</sup> Vgl. Herausgeber\_innenkollektiv (Hrsg.): Fantifa. femPI et al. (2022): Antifeminismus – Plädoyer Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken, edition assemblage, Münster 2013. <sup>2</sup> Die offenen Briefe des Forschungsnetzwerks rund um den NSU-Prozess finden sich hier: [frauen-und-rechtsextremismus.de/offene-briefe/](https://frauen-und-rechtsextremismus.de/offene-briefe/) <sup>3</sup> femPI et al. (2022): Antifeminismus – Plädoyer für eine analytische Schärfe. Impulspapier. Online verfügbar unter: [https://fempinetzwerk.files.wordpress.com/2022/07/antifeminismus\\_pladoyer-fur-eine-analytische-scharfe.pdf](https://fempinetzwerk.files.wordpress.com/2022/07/antifeminismus_pladoyer-fur-eine-analytische-scharfe.pdf)





**Niklas Franzen: Brasilien über alles. Bolsonaro und die rechte Revolte, Assoziation A 2022, 207 Seiten, 18 €.**

Seit nunmehr vier Jahren wird Brasilien vom extrem rechten Präsidenten Jair Messias Bolsonaro regiert, der im Oktober auf seine Wiederwahl hofft. Wie katastrophal dessen Bilanz ausfällt, beschreibt die Veröffentlichung von Niklas Franzen. Die Stärke des Buches liegt in der Vielschichtigkeit der Stimmen, die der Autor für seine Reportagen eingefangen hat. Franzen, u.a. Korrespondent für »taz« und »nd«, interviewt sowohl Oppositionelle als auch Bolsonaro-Fans und zeichnet so das Bild der zutiefst gespaltenen Gesellschaft eines Landes, in dem massive soziale Ungleichheit, Rassismus und Umweltzerstörung Alltag sind, in dem evangelikale Kirchen immer mehr an Einfluss gewinnen und in dem die Polizei allein 2020 mehr als 5.600 Menschen tötete, in der Regel bei Einsätzen gegen Drogenkriminalität. »In diesem Krieg, der eigentlich kein Krieg ist, stirbt eine ganze Generation. Das Profil der meisten Opfer: arm, jung und schwarz.«, schreibt der Autor. (S. 116) Hinzu kam zuletzt der katastrophale Umgang der Regie-

## Vier Jahre Bolsonaro waren vier zu viel

Von Kilian Behrens

rung mit der Corona-Pandemie. Diese forderte in Brasilien bis heute circa 680.000 Tote. Nur in den USA starben noch mehr Menschen an COVID-19.

Franzen zeigt, wie Bolsonaro auf ständige Provokationen und das Aushöhlen demokratischer Rechte setzt. Dabei hält der Präsident auch mit seinen Sympathien für die brutale brasilianische Militärdiktatur (1964-1985) nicht hinter dem Berg, die bis heute verharmlost oder von einigen gar als »Revolution gegen den Kommunismus« verklärt wird. 2016 gab Bolsonaro in einer Radiosendung zu Protokoll: »Der einzige Fehler war es, dass gefoltert und nicht direkt getötet wurde.« (S. 85) Dabei wäre Aufklärung so wichtig, damit die Bevölkerung wisse, dass »Entführung, Folter und Mord nicht mehr geduldet werden – und sie mit Gerechtigkeit rechnen können«, betont Franzen. (S. 84) Erst 2014 legte eine Wahrheitskommission einen Bericht vor, der die systematischen Verbrechen der Militärs dokumentierte. Aufgrund eines bereits 1979 verabschiedeten Amnestie-Gesetzes musste sich bislang jedoch kein Militär vor Gericht verantworten.

Franzen zeigt auch den gestiegenen Einfluss von (Ex-)Militärs auf die Gesetzgebung auf. So seien aktuell mehr (ehemalige) Militärangehörige in politischen Ämtern als in den Jahren der Diktatur. Während in fast allen Gesellschaftsbereichen Gelder gestrichen wurden, stiegen die Ausgaben für die Streitkräfte. Als »eine der wichtigen Säulen des Präsidenten« analysiert Franzen die evangelikalen Kirchen. (S. 96) Bolsonaro macht in ihrem Sinne Politik, wenn er gegen LGBTIQ\* und Feminismus hetzt oder gegen Schwangerschaftsabbrüche kämpft. »Brasilien über alles! Gott über uns!« war sein Wahlkampf motto 2018. Hier zeigte sich bereits Bolsonaros programmatische Vermischung von Nationalismus und christlichem Fundamentalismus. Die systematische Schwächung progressiver Institutionen beschreibt Franzen als

Kulturkampf. »In keinem anderen Land war die Rechte so erfolgreich darin, den Verschwörungsmythos eines allmächtigen Kulturmarxismus in konkrete Politik zu gießen wie in Brasilien.«, schreibt Franzen. (S. 91) Diese Politik hat konkrete Folgen: Bolsonaro degradierte das Kulturministerium zu einem nachgeordneten Sekretariat, missliebigen Forschungsdisziplinen an den Hochschulen, allen voran den Geisteswissenschaften, kürzte man die Gelder.

Das Buch zeigt jedoch auch, dass die aktuellen Probleme Brasiliens keineswegs allein auf die Regierung Bolsonaros zurückzuführen sind. Auch die Arbeiter\*innenpartei PT arbeitete mit dem mächtigen Agrobusiness zusammen, das für Monokulturen und die Abholzung des Regenwaldes steht. Ebenso wenig vermochte man es, die Rechte indigener Gruppen zu schützen oder Armen den Zugang zu Land zu garantieren. Die im Buch dokumentierten Stimmen von Akteur\*innen aus sozialen Bewegungen, Politik und Kultur, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen, zeigen aber, dass ein »anderes Brasilien« - wie es im letzten Kapitel heißt - machbar ist. Dafür bedarf es weit mehr als Bolsonaros Abwahl, auch wenn dies der erste wichtige Schritt wäre. Das Buch eignet sich hervorragend für alle, die einen Überblick über die Politik Bolsonaros und die jüngere brasilianische Geschichte suchen. Franzen schreibt im bildhaften Stil einer Reportage. Das macht den Text lebhaft und verständlich. Er zeigt die spezifischen Besonderheiten der aktuellen politischen Lage im größten Land Lateinamerikas auf. Gleichzeitig beschreibt er die Entwicklungen nicht isoliert, sondern als Teil eines internationalen rechten Rollbacks. Verschiedentlich wünscht man sich, dass er noch tiefer in die Analyse der einzelnen thematisierten Politikbereiche eingestiegen wäre. Dennoch: Ein wichtiges Buch, das beim Verständnis des heutigen Brasiliens hilft. •

## »Volkslehrer« Nerling zu Bewährungsstrafe verurteilt

**Berlin** • Der sich selbst als »Volkslehrer« bezeichnende Nikolai Nerling ist in Berlin zu einer Strafe von neun Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt worden. Zudem wurde dem extrem rechten Videoblogger auferlegt, 3.000 Euro an die Amadeu Antonio Stiftung zu zahlen. Die Anklage hatte ihm in sechs verschiedenen Tatkomplexen Volksverhetzung, Hausfriedensbruch, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Beleidigung und Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes vorgeworfen. Alle Punkte sah das Gericht als erwiesen an. Der Angeklagte sei »geschichtsrevisionistisch unterwegs« und spiele provokant »auf der Rasierklinge der Strafbarkeit«, zitiert etwa die taz den vorsitzenden Richter. Nerling hatte u. a. im Jahr 2018 ein Interview mit der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck auf seinem Youtube-Kanal veröffentlicht, in dem diese sich geschichtsrevisionistisch äußerte. In einem anderen Video war ein Foto von ihm zu sehen, auf dem er den Hitlergruß zeigt. Nerling gab sich unschuldig und ließ sich im Anschluss an den Prozess von seinen Anhänger\*innen vor dem Gericht feiern. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (vh)

## Marsch der »Lebensschutz«-Bewegung auch 2022 kleiner

**Berlin** • Bereits im zwanzigsten Jahr lief am 17. September der christlich-fundamentalistische »Marsch für das Leben« des Bundesverband Lebensrecht (BVL) durch Berlin. Wie schon in den Vorjahren fanden immer weniger Teilnehmende ihren Weg in die Hauptstadt. Unsere mehrfachen Zählungen ergaben deutlich weniger als 3.000 Personen. Auch der BVL räumte den Rückgang ein (laut dortiger Zählung von 4.500 auf 4.000). Inhaltlich ist eine Verschärfung des Tons festzustellen. Eine US-amerikanische Anti-Choice-Aktivistin forderte zu »direkten Aktionen« auf und sprach von einem »globalen Völkermord« durch Abtreibungen. Cornelia Kaminski, Vorsitzende der größten deutschen »Lebensschutz«-Organisation Aktion Lebensrecht für Alle, über setzte dies auf der Bühne verharmlosend damit, man müsse »direkt aktiv werden«.

Neben Mitgliedern der CDU/CSU unterstützten auch AfD-Politiker\*innen den Aufmarsch, der erstmals nicht als Schweigemarsch deklariert wurde. Von der Spitze des Umzuges wurden durch die Gruppierung Progressive Anti-Abortion Uprising (PAAU) englischsprachige Parolen skandiert. Was für diese Gruppe »direkte Aktion« bedeutet, ist aus den USA bekannt: Mehrere Mitglieder waren wegen gewaltsamen Eindringens in eine Abtreibungsklinik im Jahr 2020 angezeigt worden. In dem Wohnhaus eines führenden Mitgliedes wurden in diesem Jahr zudem die Überreste menschlicher Föten gefunden, deren Herkunft ungeklärt bleibt. (uj)

## Aufklärung im Neukölln-Komplex gestartet

**Berlin** • Nach jahrelanger Verzögerung beginnt in Berlin endlich die juristische und parlamentarische Aufarbeitung der neonazistischen Straftatenserie in Neukölln. Der Komplex umfasst mindestens 157 Anschläge seit dem Jahr 2009, darunter Brandanschläge gegen linke Aktivist\*innen, Morddrohungen, Sachbeschädigungen und ähnliche Delikte.

Ende August begann der erste Prozess vor dem Amtsgericht Tiergarten gegen die beiden Hauptverdächtigen Sebastian T. und Tilo P. (ehemals AfD) sowie drei weitere Angeklagte. Die Anklage gegen den langjährigen Anti-Antifa-Aktivist T. und seinen mutmaßlichen Mittäter P. umfasst zwei schwere Brandanschläge gegen den LINKE-Politiker Ferat Koçak und gegen den Buchhändler Heinz Ostermann. In weiteren Komplexen sind vor allem verhetzende Schmierereien und Klebeaktionen zusammen mit den Nazis Oliver W., Samuel B. und Stefan K. angeklagt. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause war nach langen und hartnäckigen Kampagnen durch die Betroffenen und solidarische Initiativen endlich der Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. Im September wurden die ersten Betroffenen der Anschläge gehört, die vor den Abgeordneten eindringlich schilderten, in welchem Maße die Aktivitäten der Nazis und die unangemessenen Reaktionen der Polizei ihr Leben



Die parlamentarische Aufklärung und die Prozesse zum Neukölln-Komplex werden von NSU-Watch kritisch begleitet.

Unterstützt die Arbeit unter:

[www.nsu-watch.info/nsu-watch/spenden](http://www.nsu-watch.info/nsu-watch/spenden)

beeinflusst haben. Bedauerlich ist, dass die Öffentlichkeit nur in einem separaten Raum auf Leinwänden zusehen darf. Die Beteiligung eines AfD-Abgeordneten hatte im Vorfeld für Protest gesorgt. (uj)

## Medienportal AUF 1: Ein-Mann-Expansion nach Deutschland?

**Berlin** • »Die Systemmedien jammern und schimpfen. Doch sie werden die Medienrevolution nicht aufhalten können!« prahlte das österreichische Online-Portal AUF1 im August 2022. Anlass war die kritische Berichterstattung über den geplanten Aufbau einer Berlin-Redaktion. Gründer des verschwörungsideologischen Online-Portals ist Stefan Magnet, der früher beim neonazistischen Bund freier Jugend aktiv war. Seitdem ist die »Berlin-Redaktion« jedoch nicht über den ehemaligen Compact-Mitarbeiter Martin Müller-Mertens hinausgewachsen, der mitunter auch schlicht als »Deutschland-Korrespondent« bezeichnet wird. Neben Mertens liefert der im IB- und Ein Prozent-Kontext aktive Simon Kaupert Videomaterial für die deutschlandbezogenen Beiträge der Plattform. Bisher handelt es sich bei AUF1 vorrangig um eine Online-Portal, ein Format, das sich dem Zugriff von Medienaufsichtsbehörden entzieht. In der medialen Berichterstattung werden häufig die über zwei Millionen AUF1-Telegramm-Abonnements als Beleg für die Reichweite des Portals angeführt. Diese Zahl bezieht sich allerdings nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Österreich und die Schweiz. Zudem ist mindestens die Hälfte der Follower inaktiv. (pz)



• **Maximilian Pichl: Untersuchung im Rechtsstaat. Eine deskriptiv-kritische Beobachtung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur NSU-Mordserie, Beck, Velbrück 2022.**

Welche Erkenntnisse liefert eine Untersuchung der Untersuchung? Diese Frage erläutert der Autor in seiner empirischen Beobachtung im Kontext der rechtsterroristischen NSU-Mordserie und ihrer lückenhaften Aufklärung. Pichl bietet Einblicke in die Wirkmechanismen von Exekutive und Legislative im Rahmen der Untersuchungsausschüsse. Er geht sowohl auf die Sabotagemöglichkeiten der Aufklärung durch Sicherheitsbehörden wie auch auf die Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft ein. Die Arbeit trägt zum besseren Verständnis von Untersuchungsausschüssen und Parlamentsrecht bei und zeichnet genaustens nach, welche Rolle staatliche Stellen im NSU-Komplex spielen. Kein Buch für Einsteiger\*innen, aber erkenntnisreich für alle, die sich mit Sicherheitsbehörden und Untersuchungsausschüssen beschäftigen. (mp)

• **Jan Niklas Collet / Julia Lis / Gregor Taxacher (Hrsg.): Rechte Normalisierung und politische Theologie. Eine Standortbestimmung, Friedrich Pustet, Regensburg 2021.**

2018 trat erstmals ein AfD-Politiker auf dem Katholikentag auf. Die Unterzeichner\*innen der »Münsteraner Erklärung für eine mutige Kirche« kritisierten dies als »Normalisierung einer menschenfeindlichen und hasserfüllten Politik« und forderten seine Ausladung – ohne Erfolg. Im Nachgang entstand der Sammelband »Rechte Normalisierung und

politische Theologie«. Darin plädiert der Soziologe und Politikwissenschaftler Floris Biskamp für eine Strategie »aktiver Dethematisierung«. Den Gegenpol bildet ein Interview mit dem Theologen und Pädagogen Thomas Wagner, der sich für eine öffentliche Auseinandersetzung ausspricht. Den übrigen Autor\*innen gelingt es, die aus anderen Kontexten bereits bekannten Strategien des Ausschlusses und Deplatforming in einen akademisch-theologischen Kontext einzubetten. Was fehlt, ist eine direkte Auseinandersetzung mit Wagners »dialogoffener Position.« (pz)

• **Archie Henderson: Conservatism, the Right Wing, and the Far Right. A Guide to Archives, ibidem, Stuttgart 2018.**

Für Recherchen zur extremen Rechten einzigartig ist der bereits 2018 erschienene Archiv-Guide, der länderübergreifend Sammlungen und Bestände zum Thema Rechtskonservatismus und extreme Rechte aufführt. Die vierbändige Publikation des Forschungsleiters am britischen Centre for Analysis of the Radical Right, Archie Henderson, dokumentiert mehr als 4000 Archive und Sammlungen in über 20 Ländern und kann damit als Ausgangspunkt für internationale Recherchen dienen. Die Bestandsbeschreibungen sind für den deutschen Kontext teils lückenhaft. Wertvoll ist der Guide hingegen deshalb, da er zahlreiche Sammlungen von politischen Aktivist\*innen, kleineren Gruppen und Initiativen dokumentiert, die von der Wissenschaft oft nicht zur Kenntnis genommen werden. (vh)

**monitor - rundbrief des apabiz e.V.**

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf\*innen

☎ 030.6116249 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

magazine Nr. 9 | September 2022

Ökologie von rechts: »Die Kehre«



**Der Kampf gegen rechts ist nicht umsonst. Unterstütze uns #AufDauer mit einem monatlichen Beitrag!**

**APABIZ  
XXX JAHRE  
AUF  
DAUER  
GEGEN  
RECHTS**



[auf-dauer.apabiz.de](http://auf-dauer.apabiz.de)

